



Was hinter dem Hungerstreik von Steffen Helbing steckt und die Forderungen der Gehörlosen



Mein Name ist Steffen Helbing, ich bin gehörlos und Rollstuhlfahrer. Ich wohne in der schönen Hauptstadt Berlin in Deutschland.

Im Weltverband der Gehörlosen (WFD) bin ich ein aktives und engagiertes Mitglied im Vorstand. Bis vor einem Jahr war ich zusätzlich Vizepräsident des Deutschen Gehörlosenbundes.

Darüber hinaus bin ich seit vielen Jahren Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Berlin und Brandenburg und ich bin beim Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation der Gehörlosen e.V. (ZfK) zweiter Vorsitzender.

Seit vielen Jahren bin ich in einer Partei aktiv tätig und mir die politische Arbeit wohl vertraut.

Ich trete in den Hungerstreik, weil ich müde geworden bin. Seit über 16 Jahren bin ich ehrenamtlich aktiv, sowohl politisch, gesellschaftlich als auch privat. Doch geändert hat sich nicht viel. Mein Engagement und das vieler gehörloser Menschen ist weiterhin stark eingeschränkt.

Die Teilhabe, also aktive Beteiligung am politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben, ist nahezu ausgeschlossen.

Zwar ist im Verwaltungsverfahren das Recht auf Nutzung von Gebärdensprache und an vielen Stellen gesetzlich verankert (Sozialgesetzbücher 1-12, Behindertengleichstellungsgesetz, Landesgleichberechtigungsgesetze, Gerichtsverfassungsgesetz) und somit die Kostenübernahme von notwendigen Dolmetschereinsätzen sichergestellt.

Doch gibt es noch immer sehr viele Bereiche, die keinen klaren Rechtsanspruch aufweisen, sodass hier die Kosten für notwendige Dolmetschereinsätze nicht übernommen werden.

Das sind z.B.:

[Teilhabe am politischen Leben](#)

Teilhabe am kulturellen Leben

Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben

Was ist damit gemeint?

Es geht um die aktive Beteiligung von Menschen am politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben.

Für gehörlose Menschen ist diese aktive Beteiligung kaum bis nicht möglich.

Will sich eine gehörlose Person ehrenamtlich engagieren, steht zu Beginn stets die Frage nach der Kostenübernahme der notwendigen Kommunikationshilfen.

Der Alltag ist geprägt von Kommunikation mit anderen Menschen. Sei es bei einem Gespräch mit der Bank, der Versicherung, der Verbraucherzentrale, bei einem Erste-Hilfe-Kurs, beim Tierarzt oder gemeinschaftlicher Veranstaltungen.

In vielen Fällen sind wir noch immer **isoliert**.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (insbesondere das Fernsehen) ist nicht verpflichtet die Gebärdensprache mit einzubeziehen. Obwohl sich in den letzten Jahren etwas bewegt hat, so sind noch immer viele Sendungen für uns nicht zugänglich.

Wie nun also das Problem lösen?

Es hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Es wurde viel von Integration und Inklusion und Teilhabe gesprochen. Doch viele Bereiche sind nicht berücksichtigt worden.

Es ist jetzt an der Zeit, dass sich etwas ändert und das sofort.

Die UN- Behindertenrechtskonvention hat zum Ziel allen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte und volle Teilhabe zu ermöglichen. Deutschland hat diese Konvention bereits im Jahre 2009 ratifiziert und sollte sich demnach für Chancengleichheit, Selbstbestimmung, Inklusion, Partizipation, Bewusstseinsbildung, Zugänglichkeit und bürgerliche, und politische sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einsetzen (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/monitoring-stelle-un-brk/die-un-brk>, letzter Zugriff: 12.10.2021).

Hörende und gehörlose Menschen sind nicht gleichgestellt im Sinne der Inklusion. Die Frage nach dem Geld beherrscht und verhindert diese Inklusion.

Seit Jahren sind Gehörlose frustriert und enttäuscht. Viele wollen sich gerne ehrenamtlich engagieren, in der Politik und im gesellschaftlichen Leben, doch immer steht die Kommunikation als erste Hürde, die es zu überwinden gilt.

Bei einer Mitgliedschaft in einer Partei sollte man selbstständig und aktiv mitwirken können. Dies ist für Gehörlose nicht möglich.

Der Grundgedanke unserer Demokratie ist, dass niemand ausgeschlossen wird. Wenn die Kommunikation nicht möglich ist, ist die Mitbestimmung auch nicht möglich. Auch wenn gesagt wird, dass dieser Ausschluss ein Kennzeichen autoritärer Systeme ist, sehen wir hier eher Ignoranz und Unwissenheit, die jederzeit abgestellt werden könnte, wenn der Wille da wäre.

Die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben muss endlich ermöglicht werden.

Die Forderungen auf einen Blick:

- UN-Behindertenrechtskonvention „Gleiche Rechte für alle“
- Zugang zu öffentlicher, politischer, gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ohne Einschränkungen durch Kommunikationsassistent*innen oder Gebärdensprachdolmetscher*innen
- Einkommensunabhängige und bedingungslose Kostenübernahme der Finanzierung für Kommunikationsassistent*innen und Gebärdensprachdolmetscher*innen
- Recht auf Bildung in allen Lebenslagen ohne kommunikative Barrieren

- Recht auf Kommunikationsassistent*innen oder Assistenz im privaten Bereich (beispielsweise Schreibkorrekturen, Durchführung von Telefonaten für Terminabsprachen, etc.)
- Barrierefreie und sichere Fahrt durch alle Bundesländer (Informationen über Gleisänderungen oder Zugausfall ebenfalls in Gebärdensprache und nicht nur durch Lautsprecherdurchsagen)
- Fonds („Gehörlosengeld“) aus staatlichen Geldern für gehörlose Menschen, um die Kommunikation abzusichern.

Es ist an der Zeit Zeichen zu setzen. Es ist an der Zeit die Partizipation mit Leben zu erfüllen. Es ist an der Zeit uns als gleichwertige und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anzusehen.

Reißen wir endlich die kommunikativen Barrieren ein.